

Rechtsmeldung | Südkorea | Vertriebsrecht, übergreifend

Korea, Republik - Pharmaindustrie-Zahlungen werden stärker reglementiert

Von Robert Herzner

10.04.2017

(GTAI) Am 3.6.17 treten in Südkorea neue Bestimmungen zur Regelung von Zahlungen pharmazeutischer und Medizintechnikunternehmen an Beschäftigte in der Gesundheitsbranche in Kraft. Diese erfolgen im Rahmen einer Änderung des Medical Devices Act of Korea und betreffen das „Expense Reporting Systems“, wodurch Unternehmen verpflichtet werden, ein Berichtssystem einzuführen. Dabei müssen Zahlungen und äquivalente wirtschaftliche Leistungen an Unternehmen oder Organisationen wie Krankenhäuser oder einzelne Personen wie Ärzte erfasst werden. Dieser Bericht ist innerhalb von drei Monaten nach Ende des Finanzjahres einzureichen. Das Gesundheitsministerium (Ministry of Health and Welfare ("MOHW")) kann weitere Unterlagen bei dem Verdacht auf Kickback-Zahlungen anfordern.

Zur Umsetzung bereitet das MOHW eine Vorlage vor, welche mittels eines Durchführungserlasses des Pharmaceutical Affairs Act and Medical Devices Act eingeführt wird. Danach sind grundsätzlich Leistungen zulässig, wenn diese in einer der vordefinierten Kategorien im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften erfolgen. Die Kategorien erfassen Proben, Klinische Studien, Anwendungsstudien, Produktvorstellungen, Konferenzen und Preisnachlässe. Es wird damit gerechnet, dass durch die erforderliche Umsetzung der Bestimmungen die Unternehmen ab 2018 zu dem Berichtswesen verpflichtet sind.

[Weitere Informationen zum Thema](#)  finden Sie auf der Webseite des koreanischen Ministry of Food and Drug Safety.

Mehr zu:

Südkorea
Vertriebsrecht, übergreifend
Recht

Kontakt

Julia Merle

Rechtsexpertin

 +49 228 24 993 432

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

KOREA, REPUBLIK - PHARMAINDUSTRIE-ZAHLUNGEN WERDEN STÄRKER REGLEMENTIERT

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.